

Wechsel der Vorsorgeeinrichtung

Schicksal von latenten Invaliditätsfällen

Verbleibt eine vor Auflösung des Anschlussvertrags bereits arbeitsunfähige, aber erst zu einem späteren Zeitpunkt invalidisierte Person bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung oder findet ein Wechsel zur neuen statt? Wie ist der Übernahmevertrag zwischen den Vorsorgeeinrichtungen zu verstehen? Mit diesen Fragen hat sich das Bundesgericht befasst.

C war bei der Vorsorgeeinrichtung B versichert und wurde am 8. Dezember 2008 arbeitsunfähig. Per 1. Januar 2009 wurde eine Gruppe von Arbeitnehmern, der auch C angehörte, von einem neuen Arbeitgeber übernommen. Dieser war bei der Vorsorgeeinrichtung A angeschlossen. In der Folge sprach die kantonale Invalidenversicherungsstelle C eine volle Invalidenrente und zwei Kinderrenten ab dem 1. Juni 2010 zu.

Die involvierten Vorsorgeeinrichtungen unterzeichneten Mitte 2009 eine Übernahmevereinbarung. Darin wurde einleitend festgehalten, dass die zu erfolgende Teilliquidation der Vorsorgeeinrichtung B sowohl die Übertragung aller vorsorgerechtlichen Verbindlichkeiten als auch sämtlicher Aktiven erfordere. Bezüglich der Invalidenrenten sah die Übernahmevereinbarung vor, dass die Vorsorgeeinrichtung B zu 88.6 Prozent für diejenigen IV-Renten aufzukommen habe, die den im Anhang zur Übernahmevereinbarung aufgeführten Arbeitnehmern vor dem 31. Dezember 2010 zugesprochen würden.

Obwohl beide Vorsorgeeinrichtungen den Leistungsanspruch von C auf Gewährung einer IV-Rente anerkannten, bestritten beide ihre Leistungspflicht gegenüber C. Die Sozialversicherungskammer des Genfer Gerichtshofs verurteilte schliesslich jede Vorsorgeeinrichtung zu einer prozentualen Ausrichtung der IV-Rente an C. Beide Vorsorgeeinrichtungen zogen den Entscheid an das Bundesgericht weiter.

Entscheid des Bundesgerichts

Gemäss dem Urteil des Bundesgerichts (Urteil 9C_797/2013 und 9C_807/2013 vom 30. April 2014) hätte sich das kantonale Gericht bei der Beurteilung der Frage, welche der beiden involvierten Vorsorgeeinrichtungen zur Ausrichtung einer Rente im obligatorischen und überobligatorischen Bereich der beruflichen Vorsorge an C verpflichtet ist, nicht auf den Übernahmevertrag von Mitte 2009 stützen dürfen.

Für die Abgrenzung der Zuständigkeit von Vorsorgeeinrichtungen ist im BVG-Obligatorium grundsätzlich Art. 23 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) anzuwenden. Im Fall der überobligatorischen beruflichen Vorsorge gelten die Regelungen der anwendbaren Statuten und des Vorsorgereglements. Gemäss Art. 23 lit. a BVG haben diejenigen Personen einen Anspruch auf Invalidenleistungen, die im Sinn der IV zu mindestens

40 Prozent invalid sind und bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, versichert waren. Diese Bestimmung findet auch auf Arbeitnehmer Anwendung, die bereits in ihrer Gesundheit beeinträchtigt sind und in der Folge nicht mehr ihre ursprüngliche Arbeitsfähigkeit abrufen können. Dies gilt selbst dann, wenn sie bei einem späteren Stellen- beziehungsweise Arbeitgeberwechsel und einem gleichzeitig damit verbundenen Wechsel der Vorsorgeeinrichtung eine Invalidenrente erst nachträglich zugesprochen erhalten.

In Kürze

- > Nur eine Vorsorgeeinrichtung ist zu Invaliditätsleistungen an einen Versicherten verpflichtet
- > Dies gilt auch für latente Invaliditätsfälle beim Wechsel der Vorsorgeeinrichtung

Unter der Voraussetzung, dass der Arbeitnehmer nicht zur gleichen Zeit mehreren Arbeitstätigkeiten nachgeht, obliegt die Verpflichtung zur Leistung einer Invalidenrente nur einer Vorsorgeeinrichtung allein und kann somit nicht zwischen mehreren Vorsorgeeinrichtungen, denen der Arbeitnehmer nacheinander angeschlossen war, aufgeteilt werden. Mit anderen Worten kön-

Autoren

Simon Feigenwinter
MLaw,
DUFOUR
Advokatur
Notariat, Basel



Yolanda Müller
Advokatin,
Partnerin,
DUFOUR
Advokatur
Notariat, Basel

nen für den gleichen Versicherungsfall nicht zwei Vorsorgeeinrichtungen gleichzeitig gegenüber einem Versicherten zur Entrichtung einer Geldleistung aus der obligatorischen Vorsorge verpflichtet werden.

Gemäss Art. 53b Abs. 1 lit. c BVG sind bei Auflösung eines Anschlussvertrags die Voraussetzungen einer Teilliquidation vermutungsweise erfüllt. Es kommt das jeweilige Reglement der betroffenen Vorsorgeeinrichtung, in dem die Voraussetzungen und das Verfahren zur Teilliquidation normiert sind, zum Tragen.

Weiter sieht Art. 53e Abs. 6 BVG vor, dass der Anschlussvertrag des bisherigen Arbeitgebers mit Bezug auf verbleibende Rentenbezüger weiter bestehen bleibt. Dies gilt auch für Invaliditätsfälle, bei denen die Invalidität erst nach der Auflösung des Anschlussvertrags, die Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, aber bereits vor Auflösung des Anschlussvertrags eingetreten ist. Dabei deckt sich die Arbeitsunfähigkeit im Sinn dieser Bestimmung mit derjenigen in Art. 23 BVG.

Das Bundesgericht hob das vorinstanzliche Urteil auf und wies die Sache zur weiteren Abklärung und Neuurteilung an die Vorinstanz zurück.

Anschlussvertrag kann die Mitnahme der Rentner vorsehen

Eine Vorsorgeeinrichtung hat im Anschlussvertrag mit dem jeweiligen Arbeitgeber zu regeln, ob der Arbeitgeber die Rentner mitzunehmen hat, wenn er den Anschlussvertrag kündigt. Seine Kündigung ist diesfalls erst gültig, wenn die neue Vorsorgeeinrichtung schriftlich bestätigt, dass sie die Rentenbezüger zu den gleichen Bedingungen übernimmt.¹ Das Personal oder eine allfällige Arbeitnehmervertretung eines privatrechtlichen Arbeitgebers muss zudem der Kündigung mindestens im Bereich des BVG-Obligatoriums zustimmen.² Eine besondere Zustimmung der transferierenden Rentner ist dagegen nicht vorgesehen. Sie haben aber einen Informationsanspruch und können die Teilliquidation überprüfen lassen.³

Die neue Vorsorgeeinrichtung muss die wohlerworbenen Rechte der Rentner wahren. Anwartschaftliche Ansprüche aus dem bisherigen Reglement gehören jedoch nicht dazu.

Handhabung von latenten Invaliditätsfällen im Übernahmevertrag regeln

Fehlt eine entsprechende Regelung im Anschlussvertrag oder kündigt die Vorsorgeeinrichtung denselben, haben sich die bisherige und die neue Vorsorgeeinrichtung über das Schicksal der Rentner zu einigen. Kommt keine solche Einigung zustande, verbleiben die Rentenbezüger von Gesetzes wegen bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung.⁴ In diesem Fall bleibt der Anschlussvertrag für die betroffenen Rentner weiterhin bestehen.

Die bisherige und die neue Vorsorgeeinrichtung sind gut beraten, im Übernahmevertrag eine allfällige Übernahme der laufenden Renten und die Handhabung der latenten Invaliditätsfälle, aber auch allfälliger Teilinvaliditätsfälle, zu konkretisieren.

Im Ergebnis ist aus Sicht der versicherten Person Folgendes festzuhalten:

– Von einem Anschlusswechsel sind rechtspassungsgemäss all diejenigen Personen betroffen, bei denen noch kein Vorsorgefall eingetreten ist, sondern ein Freizügigkeitsfall vorliegt. Es stellt sich nun aber die Frage, ob auch bei einer arbeitsunfähigen Person ein Kassenwechsel stattfindet, wenn sie zum fraglichen Zeitpunkt noch nicht invalidisiert ist.

– Vorbehältlich anderslautender Bestimmungen im Übernahmevertrag ist bei Auflösung des Anschlussvertrags grundsätzlich diejenige Vorsorgeeinrichtung für die Ausrichtung einer Invalidenrente an die versicherte Person zuständig, bei der die versicherte Person zum Zeitpunkt des Eintritts des versicherten Ereignisses – nämlich der Arbeitsunfähigkeit, die zur Invalidität führte – versichert war. Dieser Zeitpunkt ist nicht mit demjenigen des Beginns einer IV-Leistung gemäss Art. 29 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) identisch.

Dies deckt sich mit Art. 53e Abs. 6 BVG, wonach die Rentner bei der Auflösung des Anschlussvertrags in Ermangelung

anderer Vereinbarung bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung verbleiben.

- Die Bestimmungen im Anschlussvertrag über die Mitnahme der Rentner bleiben für den Fall der Auflösung desselben durch dem Arbeitgeber vorbehalten.
- Die Festsetzung des Rentenanspruchs richtet sich grundsätzlich nach demjenigen Reglement, das zum Zeitpunkt der Entstehung des Leistungsanspruchs in Kraft ist. Ohne entsprechende Übergangsbestimmungen ist folglich nicht das Reglement massgebend, das zum Zeitpunkt des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit, die die Invalidität nach sich zog, in Kraft war.⁵ Die Vorsorgeeinrichtung hat eine entsprechende Informationspflicht. Inwiefern eine mit dem Wechsel der Vorsorgeeinrichtung verbundene, kurz bevorstehende Verschlechterung des Vorsorgeschatzes zulässig ist, liess das Bundesgericht in einem älteren Entscheid offen.⁶

Transaktionsvertrag

Praktische Bedeutung erhalten diese Überlegungen bei M&A-Transaktionen. Diesen Aspekten (wie auch den Teilliquidationsbestimmungen) ist vorzugsweise bereits bei der Ausarbeitung des Transaktionsvertrags angemessene Rechnung zu tragen. ■

¹ Art. 53e Abs. 4 und 4^{bis} BVG.

² Art. 11 Abs. 2 und 3^{bis} BVG.

³ Art. 86b und Art. 53d Abs. 5 und 6 BVG; OFK-Vetter-Schreiber, BVG 53e N 10 und dortige Verweise.

⁴ Art. 53e Abs. 4 und 5 BVG.

⁵ BGE 121 V 97 E. 1c.

⁶ EVG-Entscheid B 63/99 E. 5c vom 26. Oktober 2001; OFK-Vetter-Schreiber, BVG 53e N 6.

Changement d'institution de prévoyance

Devenir des cas d'invalidité latents

Une personne déjà en incapacité de travail avant la résiliation du contrat d'affiliation, mais qui n'est déclarée invalide qu'à une date ultérieure, reste-t-elle dans l'institution de prévoyance actuelle ou y a-t-il un changement vers la nouvelle institution de prévoyance? Comment faut-il interpréter le contrat de reprise entre les institutions de prévoyance? Le Tribunal fédéral s'est penché sur cette question.

C était assuré auprès de l'institution de prévoyance B et s'est retrouvé en incapacité de travail le 8 décembre 2008. Un groupe de travailleurs auquel appartenait également C a été repris par un nouvel employeur le 1^{er} janvier 2009. Il était affilié à l'institution de prévoyance A. Par la suite, le service cantonal de l'assurance-invalidité a octroyé à C une rente d'invalidité complète et deux rentes pour enfants à compter du 1^{er} juin 2010.

Les institutions de prévoyance impliquées ont signé une convention de reprise à la mi 2009. En introduction, elle retenait que la liquidation partielle de l'institution de prévoyance B à réaliser nécessitait le transfert de tous les engagements de prévoyance, mais aussi de tous les actifs. Concernant la rente d'invalidité, la convention de reprise prévoyait que l'institution de prévoyance B devait prendre en charge à 88.6% les rentes AV octroyées aux travailleurs cités dans l'annexe à la convention de reprise avant le 31 décembre 2010.

Bien que les deux institutions de prévoyance aient reconnu le droit de C à l'octroi d'une rente AI, toutes deux ont contesté leur obligation de prestation envers C. La chambre des assurances sociales de la Cour de Justice du canton de Genève a finalement condamné chacune des institutions de prévoyance à verser un pourcentage de la rente AI à C. Les deux institutions de prévoyance ont déféré la décision au Tribunal fédéral.

Arrêt du Tribunal fédéral

Selon l'arrêt rendu par le Tribunal fédéral (arrêt 9C_797/2013 et 9C_807/2013 du 30 avril 2014), le Tribunal cantonal n'aurait pas dû s'appuyer sur le contrat de reprise de la mi 2009 lors de l'évaluation de la question de savoir laquelle des deux institutions de prévoyance impliquées était tenue de verser à C une rente dans le domaine obligatoire et surobligatoire de la prévoyance professionnelle.

L'art. 23 de la loi fédérale sur la prévoyance vieillesse, survivants et invalidité (LPP) est en principe déterminant pour délimiter la responsabilité des institutions de prévoyance dans le régime obligatoire de la LPP. Les réglementations des statuts applicables et du règlement de prévoyance s'appliquent dans le cas de la prévoyance professionnelle surobligatoire. Conformément à l'art. 23, let. a LPP, ont droit à des prestations d'invalidité les personnes qui sont invalides à raison de 40% au moins au sens de l'AI, et qui étaient assurées lorsqu'est survenue l'incapacité de travail dont la cause est à l'origine de l'invalidité. Cette disposition s'applique également aux travailleurs dont la santé était déjà atteinte et qui ne peuvent plus recouvrer leur capacité de travail initiale par la suite. Cela s'applique même si une rente d'invalidité n'est accordée qu'a posteriori, lors d'un changement de poste ou d'employeur ultérieur et d'un changement simultané d'institution de prévoyance qui en résulte.

A condition que le travailleur n'exerce pas simultanément plusieurs activités professionnelles, l'obligation de verser une rente d'invalidité incombe à une seule institution de prévoyance et ne peut donc pas être répartie entre plusieurs institutions de prévoyance auxquelles le travailleur a été successivement affilié. Autrement dit, deux institutions de prévoyance ne peuvent pas être simultanément tenues de verser une prestation en argent au titre de la prévoyance obligatoire à un assuré pour le même cas d'assurance.

Selon l'art. 53b, al. 1, let. c LPP, les conditions pour une liquidation partielle sont présumées remplies lorsque le contrat d'affiliation est résilié. Le règlement correspondant de l'institution de prévoyance concernée dans lequel sont normalisées les conditions et la procédure de liquidation partielle s'applique.

En bref

- > Seule une institution de prévoyance est tenue de verser des prestations d'invalidité à un assuré
- > Cela vaut également pour le sort des cas d'invalidité latents lors du changement d'institution de prévoyance

L'art. 53e, al. 6 LPP prévoit par ailleurs que le contrat d'affiliation de l'employeur précédent est maintenu en référence aux rentiers restants. Cela vaut également pour les cas d'invalidité où l'invalidité n'est survenue qu'après la résiliation du contrat d'affiliation, mais où l'incapacité de travail dont la cause a débouché sur l'invalidité est survenue avant la résiliation du contrat d'affiliation. L'incapacité de travail au sens de cette disposition correspond à celle de l'art. 23 LPP.

Le Tribunal fédéral a annulé le jugement rendu en première instance et lui a renvoyé l'affaire en vue d'une clarification supplémentaire et d'une nouvelle appréciation.

Le contrat d'affiliation peut prévoir d'emmener les rentiers

Dans le contrat d'affiliation avec l'employeur respectif, une institution de prévoyance doit régler si l'employeur est tenu

d'emmener les rentiers s'il résilie le contrat d'affiliation. Dans ce cas, sa résiliation n'est valable que si la nouvelle institution de prévoyance confirme par écrit qu'elle reprend les bénéficiaires de rentes aux mêmes conditions.¹ Le personnel ou une éventuelle représentation des travailleurs d'un employeur de droit privé doit en outre approuver la résiliation, au moins en ce qui concerne le régime obligatoire LPP.² Une approbation particulière des rentiers transférés n'est en revanche pas prévue. Ils ont cependant un droit d'information et peuvent faire contrôler la liquidation partielle.³

La nouvelle institution de prévoyance doit préserver les droits acquis des rentiers. Les droits expectatifs au titre du règlement précédent n'en font cependant pas partie.

Régler la gestion des cas d'invalidité latents dans le contrat d'affiliation

S'il manque une réglementation correspondante dans le contrat d'affiliation ou si l'institution de prévoyance résilie celui-ci, l'institution de prévoyance antérieure doit trouver un accord avec la nouvelle concernant le sort des rentiers. Si aucun accord de ce type n'est conclu, les bénéficiaires de rentes demeurent dans l'institution de prévoyance antérieure de par la loi.⁴ Dans ce cas, le contrat d'affiliation est maintenu pour les rentiers concernés.

¹ Art. 53e, al. 4 et 4^{bis} LPP.

² Art. 11, al. 2 et 3^{bis} LPP.

³ Art. 86b et art. 53d, al. 5 et 6 LPP; OFK-Vetter-Schreiber, BVG 53e N 10 et renvois correspondants.

⁴ Art. 53e, al. 4 et 5 LPP.

Les institutions de prévoyance antérieure et nouvelle auraient tout intérêt à concrétiser dans le contrat de reprise une prise en charge éventuelle des rentes en cours et la gestion des cas d'invalidité latents, mais aussi des cas d'invalidité partielle éventuels.

Au final, il faut retenir ceci dans la perspective de la personne assurée:

– D'après la jurisprudence, un changement d'affiliation concerne toutes les personnes chez qui un cas de prévoyance ne s'est pas encore produit, mais qui présentent un cas de libre passage. La question qui se pose alors est de savoir si une personne en incapacité de travail change également de caisse si elle n'était pas encore déclarée invalide à la date en question.

– Sous réserve de dispositions divergentes dans le contrat de reprise, l'institution de prévoyance auprès de laquelle la personne assurée était assurée au moment où s'est produit l'événement assuré, à savoir l'incapacité de travail ayant entraîné l'invalidité, est tenue de verser une rente d'invalidité à la personne assurée lors de la résiliation du contrat d'affiliation. Cette date ne coïncide pas avec celle du début d'une prestation AI selon l'art. 29, al. 1 de la loi fédérale sur l'assurance invalidité (LAI).

– Cela correspond à l'art. 53e, al. 6 LPP, selon lequel les rentiers restent affiliés à l'ancienne institution de prévoyance lors de la résiliation du contrat d'affiliation, faute d'autre accord.

– Les dispositions du contrat d'affiliation concernant le fait d'emmener les rentiers sont réservées en cas de résiliation dudit contrat.

– La fixation du droit à la rente dépend en principe du règlement qui était en vigueur à la date de formation du droit à la prestation. En l'absence de dispositions transitoires correspondantes, ce n'est donc pas le règlement qui était en vigueur à la date de survenance de l'incapacité de travail ayant entraîné l'invalidité qui est déterminant.⁵ L'institution de prévoyance est soumise à un devoir d'information correspondant. Le Tribunal fédéral n'a pas tranché dans un arrêt plus ancien dans quelle mesure une dégradation imminente de la couverture de prévoyance en relation avec le changement d'institution de prévoyance était acceptable.⁶

Contrat de transaction

Ces réflexions ont un intérêt pratique dans les transactions de F&A. Ces aspects (tout comme les dispositions en matière de liquidation partielle) doivent de préférence être suffisamment pris en compte dès l'élaboration du contrat de transaction. ■

Simon Feigenwinter
Yolanda Müller

⁵ ATF 121 V 97 consid. 1c.

⁶ Arrêt du TFA B 63/99 consid. 5c du 26 octobre 2001; OFK-Vetter-Schreiber, BVG 53e N 6.